

Für eine Zukunft ohne Krisen.

1. MAI

ZEITUNG FÜR KLASSENKAMPF & REVOLUTION

Wie es ist, wird es nicht bleiben — Perspektive Kommunismus

1. Mai Zeitung — Perspektive Kommunismus

– Klassenkampf. Revolution. Sozialismus.



Am **1. Mai** vor 135 Jahren haben hunderttausende US-amerikanische Arbeiter:innen in einem großen und opferreichen Streik für den 8-Stunden-Tag gekämpft - Gegen skrupellose Kapitalisten und eine schießwütige Polizei. Der Tag steht symbolisch für den internationalen Kampf der lohnabhängigen Klasse für ihre gemeinsamen Interessen. Dabei geht es auch heute natürlich um konkrete Verbesserungen im alltäglichen Leben, aber eben nicht nur: Die Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft war schon immer Teil von Protesten, Streiks, Demos und Feiern am 1. Mai, an denen sich jährlich weltweit Millionen von Menschen beteiligen. Diese Zeitung soll ein kleiner Beitrag dazu sein. Auf den folgenden Seiten beschäftigen wir uns mit einem Kapitalismus, der so eindeutig wie schon lange nicht mehr in der Krise steckt und die drängendsten sozialen Probleme nur weiter verschärft, anstatt Auswege zu ermöglichen. In den Artikeln findet ihr Beispiele für Widerstand und Protest im Hier und Jetzt und einen Rückblick auf Kämpfe, die seit anderthalb Jahrhunderten aktuell sind. Und auch einige der Krisenprofiteure, die jetzt auf dem Rücken der Lohnabhängigen die Sektkorken knallen lassen, werden unter die Lupe genommen. Aber: Nichts muss so bleiben wie es ist! Wir hoffen, es bleiben nicht nur Fakten und Argumente hängen, sondern vor allem die Motivation sich einzumischen, zu organisieren und zu kämpfen.

Perspektive Kommunismus hat sich im April 2014 gegründet. Wir sind kommunistische Gruppen aus verschiedenen Städten im Bundesgebiet, die einen Beitrag zum Aufbau einer bundesweiten revolutionären Organisation leisten wollen. Wir sind nicht die Einzigen, die den Bruch mit dem Kapitalismus und den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft anstreben. Deshalb ist der Kontakt und die gemeinsame Arbeit mit anderen linken und revolutionären Gruppierungen ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Es geht uns darum, revolutionäre Politik in einer lebendigen klassenkämpferischen Bewegung weiterzuentwickeln, als selbstständiger Teil der alltäglichen Kämpfe, ohne sich aber in ihnen zu verlieren oder nur treiben zu lassen. Eine aktive Praxis, der Aufbau selbstbestimmter Organisationen und die Entwicklung einer vielschichtigen Gegenmacht von unten sind für uns wesentlich.

Ausgangspunkte unserer Arbeit sind immer die konkreten Felder von Protest und Widerstand in den einzelnen Städten: Für Solidarität und gemeinsame Stärke unter den Lohnabhängigen, gegen die Gefahr von Rechts und staatliche Repression, für den Kampf gegen die besondere Ausbeutung und Unterdrückung der Frauen, gegen imperialistische Kriege und Umweltzerstörung und für internationale Solidarität mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten weltweit. Mehr Infos: perspektive-kommunismus.org

EIN ENDE DER KRISE?

NUR WENN WIR ES GEMEINSAM ERKÄMPFEN!

Nach über einem langen Jahr im Krisenmodus wünschen wir uns endlich ein unbeschwertes Leben ohne Aushebelung von Grundrechten. Wir wünschen uns ein Leben ohne Wirtschaftskrise und ohne die unzähligen Einschränkungen, die wir im Privaten und Sozialen auf uns nehmen müssen, weil die Herrschenden in Politik und Wirtschaft keinen vernünftigen Bevölkerungsschutz organisieren können und wollen. Nur wird diese Normalität nicht kommen, ganz unabhängig von einem Ende der Pandemie, das sich immer weiter in die Zukunft verschiebt. Das unbeschwerte Leben gab es hier auch vor Corona für einen großen Teil der Lohnabhängigen nicht.

Was uns nach dem Lockdown bleiben wird, ist eine Situation, in der die Lasten unterschiedlicher kaum verteilt sein könnten: Was für die einen ein soziales Desaster und eine unsichere Zukunft bedeutet, ist für die Anderen der fruchtbare Boden für Profitvermehrung: Durch die Krise der Corona-Pandemie haben Arbeiter:innen international mindestens 3,7 Billionen Dollar verloren. Gleichzeitig gewannen die Reichsten der Reichen weltweit etwa 3,9 Billionen Dollar dazu! Allein das Vermögen von Amazon-Besitzer Jeff Bezos - bis 2020 der reichste Mensch der Welt - wuchs im Corona-Jahr um 77 Milliarden Dollar. Und auch von den zehn reichsten Deutschen, haben nur zwei im vergangenen Jahr leichte Einbußen hinnehmen müssen. Sie alle haben Grund zur Freude: Die Immobilienpreise steigen und die Aktienkurse bleiben auf hohem Niveau.

Und das obwohl wir uns in der tiefsten globalen Wirt-

schaftskrise seit dem 2. Weltkrieg befinden. Der Boss des weltgrößten Vermögensverwalters „BlackRock“ Larry Fink erklärt ganz offen, dass erst das „beherzte Eingreifen der Zentralbanken und Regierungen“ eine Vermögensanhäufung in dieser Dimension möglich gemacht hat. Das heißt im Klartext: Staatsgelder garantieren die Aufrechterhaltung gigantischer Profite vor allem im Finanzsektor. Der große Crash ist da nur eine Frage der Zeit. Wenn die erwarteten Profite in der Realwirtschaft nicht zustande kommen - und genau dieses Risiko ist heute besonders hoch - platzt auch die größte Finanzblase. Auf wessen Rücken das dann ausgetragen wird dürfte klar sein: Auf dem der Arbeiter:innen.

Jetzt schon arbeiten sie in den Chefetagen der deutschen Exportindustrie daran, ihre Unternehmen auf dem Rücken der Beschäftigten zu sanieren: Massenentlassungen und Betriebsschließungen, vor allem in der Metall- und Elektroindustrie, stehen auf der Tagesordnung und sind in großem Stil in Planung. Die Unternehmen machen sich auch mit staatlichen Hilfen, z.B. Kurzarbeitergeld, krisenfest. Gerade die Großen sind aber noch weit davon entfernt rote Zahlen zu schreiben. Allein Daimler hat im vergangenen Jahr 4 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Und diese Profite wollen sie sich auch weiter sichern: In der diesjährigen Tarifrunde zeigte der Arbeitgeberverband „Gesamtmetall“ deutlich, in welche Richtung es gehen soll. Unter dem Motto „Zusammen anpacken“ wurden Lohnforderungen auf breiter Front zurückgewiesen, teils sogar Einschnitte bei Zulagen und generell „Kostenentlastungen“ von den Beschäftigten abverlangt.

Derzeit wird den Arbeiter:innen der produktionsnahen Bereiche die Rechnung für die Krise scheinbarweise präsentiert. Die Angriffe und Verschlechterungen in diesen Branchen sind gleichzeitig aber auch Taktgeber für andere Unternehmen und den Staat, Arbeitskraft abzuwerten und Leistungsdruck zu erhöhen. Das wird in der aktuellen Krise zum Problem der gesamten Arbeiter:innenklasse. Und natürlich muss alleine das Corona-Virus als Ursache herhalten. Das ist praktisch fürs Kapital: Die Ursache für die Wirtschaftskrise, die Überproduktion, den verpassten Strukturwandel hin zu neuen Technologien und die fehlende Vorsorge für Pandemien sollen so erst gar nicht in den Blick geraten. Es ist genauso praktisch für einen Staat, der sich das Geld, das jetzt der Wirtschaft in den Rachen gesteckt wurde, mit Einsparungen in sozialen Bereichen wieder zurückholen wird. Das Ganze natürlich verpackt als „gemeinsame Anstrengung“ zur Bewältigung der Corona-Auswirkungen.

Wer zurecht Kritik an den autoritären und willkürlichen Corona-Maßnahmen des Staates übt, sollte nicht verschweigen, dass hier keine geheimbündlerische „Merkel-Diktatur“ am Werk ist, sondern kapitalistische Notstandspolitik: Regieren über Verordnungen und Bund-Länder-Erlasse ohne parlamentarische Mitsprache, sinnlose Ausgangssperren, massive Polizeipräsenz zur Bevölkerungskontrolle, Legitimierung der Bundeswehr im Innern. Das alles sind Maßnahmen, die sich anbieten, um auch soziale Unruhen schnell unter Kontrolle zu bringen. Es ging den Regierenden sicher in erster Linie darum, Handlungsfähigkeit gegen die Pandemie zu demonstrieren, aber eben auch um die schnelle Einschüchterung und Disziplinierung der Bevölkerung und um die Ausschaltung dafür lästiger demokratischer Grundsätze. Der aktuell lauteste Protest dagegen ist aber genau die falsche Antwort: Eine Bewegung, die die Pandemie leugnet, die ohne Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Arbeiter:innen für die Öffnung der Wirtschaft eintritt und diffuse Theorien spinnt. Sie tritt lediglich „widerständig“ auf, anstatt den klaren Gegensatz der Klasseninteressen zu benennen und so einen wirklichen Widerspruch zur Politik der Herrschenden aufzumachen. Deswegen wird sie von ihnen eben auch nicht wirklich bekämpft werden. Echter Widerstand also weit gefehlt!

WORAUF ES JETZT ANKOMMT: EIN BLICK FÜR DIE KLASSE!

Es liegt nahe, die Aufmerksamkeit jetzt auf die diejenigen zu richten, die kein Interesse und keinen Anteil daran haben, die Profitwirtschaft mit starker Hand zu verteidigen und auf Kosten immer größerer Teile der Bevölkerung am Leben zu erhalten.

Richten wir unseren Blick auf die Kolleg:innen im Handel, die ihren Job verloren haben. Gerade die dort arbeitslos gewordenen Frauen stehen nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit, sondern werden schnell zurück in den Haushalt gedrängt. Das sind keine Einzelschicksale, es ist ein Angriff auf die Situation der Frau in der Gesellschaft, der ebenso im Verborgenen bleibt, wie die Tatsache, dass es vor allem Frauen sind, die in unsicheren und schlecht bezahlten Berufen im Einzelhandel, in Krankenhäusern und in Betreuungseinrichtungen das öffentliche Leben am Laufen halten.

Richten wir den Blick auf die Kinder und Jugendliche aus der Arbeiter:innenklasse, die in unsicheren und armen Verhältnissen leben. Sie sind diejenigen, die durch Schulschließungen besonders auf der Strecke bleiben. Und das ist nicht ursächlich das Problem des holprigen Digitalunterrichts und unfähiger Bürokraten in Ministerien, sondern die logische Konsequenz eines dreigliedrigen Schulsystems, in dem es noch immer in erster Linie auf die soziale Herkunft ankommt. In beengten Wohn- und Lebensbedingungen, ohne gutes technisches Equipment und ohne Eltern, die die Zeit haben, Ersatzlehrer:innen zu spielen, bleiben die Aussichten auf Erfolg im „Homeschooling“ gering. Corona macht sichtbar, was vorher schon Normalität war: Auf der Karriereleiter ist nicht für alle Platz. Der Kapitalismus braucht eben diejenigen, die unterbezahlt Büros putzen oder im Dauerstress Amazon-Pakete durch die Gegend fahren. Wer wirklich reich ist, hievt seine Zöglinge auf der Privatschule bis zu akademischen Würden. Beispiel? Die Millionen-Erbin Verena Balsen – genauso intelligent wie ein Haferkeks aber trotzdem top Bildung inklusive Abschlüssen. Damit oben oben bleibt und unten unten.

Es sind noch unzählige mehr, auf die es jetzt ankommt: Die Arbeiter:innen, die in immer mehr Branchen um ihre Arbeitsplätze kämpfen, die Beschäftigten im Pflege- und Gesundheitsbereich, die bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohn fordern, die Mieter:innen, denen das Geld knapp wird, aber auch diejenigen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt und gerade in der Corona-Krise besonders

hart getroffen werden: Ganz gleich ob Arbeits- oder Wohnungslose, Rentner:innen oder Geflüchtete. Die besonderen und gemeinsamen Interessen von ihnen allen an einem Leben in Würde, Wohlstand und Sicherheit stehen einem „Weiter so!“ im Kapitalismus entgegen. Der Klassenkampf von oben tobt vor unseren Augen. Unser Vorschlag zum Umgang damit: Wehren wir uns und entwickeln eigene Perspektiven!

IHRE KRISE IST UNSERE CHANCE!

Die angeblichen Sicherheiten im Kapitalismus bröckeln für immer größere Teile der Bevölkerung. Mit dem Abbau von sozialen Sicherungen, von Errungenschaften aus jahrzehntelangen Arbeitskämpfen und von gewissen Privilegien, die Arbeiter:innen in Schlüsselbranchen zur Sicherung des sozialen Friedens bislang zugestanden wurden, gerät aber noch mehr ins Wanken: Das Versprechen Wohlstand, Gleichberechtigung und Fortschritt für Alle garantieren zu können, wird in der „Sozialen Marktwirtschaft“ von heute zur offensichtlichen Lüge. Nicht einmal mehr in den reichsten Ländern überwiegt das Vertrauen in dieses System, die nächste Wirtschaftskrise, die nächste Pandemie oder spätestens den großen Klimakollaps abwenden zu können. Warum also daran festhalten?

Wie notwendig ist es, dass der Fortschritt in der industriellen Produktion für die Besitzenden zum Mittel wird, um Stellen zu streichen und um die Konkurrenz niederzuwirtschaften? Wäre es nicht

sinnvoller, die Kontrolle der Wirtschaft zur Verantwortung der Arbeiter:innenklasse zu machen? Digitalisierung und neue Möglichkeiten der Vernetzung in der Produktion könnten für die Entlastung der Arbeiter:innen, für die Verkürzung von Arbeitszeiten und eine Planung der Wirtschaft im Sinne der Gesellschaft genutzt werden.

Wie notwendig ist es, dass die reichsten Länder, die 16% der Weltbevölkerung ausmachen, sich 70% der Impfstoffdosen gegen das Coronavirus sichern? Dass sie den Pharmakonzernen riesige Summen aus Steuergeldern für die Entwicklung von patentrechtlich geschützten Impfstoffen zukommen lassen, nur um ihnen gigantische private Profite beim Verkauf garantieren zu können? Es wäre möglich, eine internationale Forschungs- und Entwicklungs-Zusammenarbeit anzugehen, die Impfstoffe in ausreichender Menge herstellt, sie als Gemeingut freigibt und so gerecht wie möglich weltweit zugänglich macht!

Wie notwendig ist es, dass die Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung von privilegierten Berufspolitik:innen verordnet werden, die sich besser mit den Forderungen der Wirtschaftslobby auskennen, als mit den sozialen und gesundheitlichen Konsequenzen ihrer eigenen Politik? Es wäre möglich, die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung systematisch von unten zu organisieren! In Stadtteilen, Gemeinschaftsunterkünften, Betrieben und Büros, in Gesundheits-, Pflege- und Bildungseinrichtungen. Mit Zugang zu allen notwen-



digen Informationen und Geldmitteln und vor allem mit demokratischer Beteiligung von all denen, die dort leben, arbeiten, betreut werden und sich weiterbilden.

Wie notwendig ist es, dass die Arbeiten für die Pflege und Versorgung der Gesellschaft entweder zur Privatsache im Haushalt gemacht oder unter schlechten Arbeitsbedingungen und für schlechten Lohn verrichtet werden müssen? Wie notwendig ist es, dass diese Arbeiten immer noch zum großen Teil Frauen aufgelastet werden? Es wäre möglich diese Aufgaben als gesellschaftliche Arbeiten zu organisieren, mit der gleichen Priorität, mit der auch die Produktion und die Verteilung der Güter organisiert wird - mit einem Auskommen, das mehr als nur existenzsichernd ist, unter Arbeitsbedingungen, die diesen verantwortungsvollen Berufen und Aufgaben angemessen sind, und natürlich als Tätigkeiten, die Männer und Frauen gleichermaßen zu übernehmen haben!

Das alles sind Beispiele für Möglichkeiten, denen wir näher kommen können, wenn wir uns dafür organisieren und uns darüber im Klaren sind, dass das auch heißt, mit dem Kapitalismus zu brechen. Solange die Profitwirtschaft, der Reichtum und die Macht von Kapitalist:innen, Manager:innen und Politiker:innen unangetastet bleiben, werden auch die besten Argumente und schönsten Reden für eine bessere und faire Welt niemanden beeindrucken. Es ist realistischer für ihren Sturz und eine neue soziale und politische Macht von unten zu kämpfen, als darauf zu hoffen, dass nach dieser oder der nächsten Krise doch noch alles gut wird oder Ruhe einkehrt. Revolutionen und soziale Aufbrüche sind keine Ausrutscher ins Chaos, sondern gehören zur Geschichte der Gesellschaften. Sie waren immer Resultate von unversöhnlichen Konflikten zwischen den Klassen und waren immer Ausgangspunkte dafür, dass Menschen ihr gemeinsames und individuelles Handeln verändert haben. Dass der Klassenkonflikt schon lange brodelt und dass jetzt ein aktives Handeln von unten zählt, kann niemand mehr ignorieren. Warum soll es heute also unrealistisch oder verwerflich sein, eine sozialistische Revolution für möglich zu halten, dafür einzustehen und zu kämpfen?

Mehr zu den brutalsten kapitalistischen Familienclans Deutschlands online beim Lower Class Magazine: lowerclassmag.com

EIN BLICK AUF DIE GROßEN PROFI- TEURE DER KRIS\$€

CLEMENS TÖNNIES



Europas Schlachthof-König besitzt rund 1,4 Milliarden Euro. Dieses Vermögen entstand durch das Leid unzähliger geschlachteter Tiere und durch die jahrelange Ausbeutung osteuropäischer Arbeiter:innen in den Schlachtfabriken. Per Werkvertrag und Leiharbeit müssen sie für Hungerlöhne sechs Tage die Woche und zwölf Stunden am Tag schuften. Wer sich mit Messern verletzt oder mit Reinigungsmitteln verätzt, muss krank weiterarbeiten oder wird rausgeschmissen. Tönnies lässt tausende Arbeitsmigrant:innen aus Rumänien, Bulgarien und Polen in verschimmelten Abbruchbuden unterbringen. Ohne Strom und warmes Wasser, aber zu Wuchermieten. Während er als einer von Europas größten Fleischproduzenten die Klimakatastrophe anheizt, forderte Tönnies 2019 in einer Rede für den Klimaschutz, dass „die Afrikaner“ aufhören sollten „Kinder zu produzieren“. Im Juni 2020 infizierten sich in der Tönnies-Fleischfabrik und den miserablen Unterkünften mehr als 1.400 rumänische und bulgarische Arbeiter:innen mit dem Corona-Virus. Ihnen gab Armin Laschet selber die Schuld daran. Er ist CDU-Vorsitzender, Ministerpräsident von NRW und kriegt regelmäßig Parteispenden von Tönnies.

SUSANNE KLATTEN & STEFAN QUANDT

Das Geschwisterpaar hat den BMW-Konzern geerbt. Ihr Vermögen: Zusammen 39 Milliarden Euro! Es stammt vor allem aus Kriegsprofiten und Zwangsarbeit. Opa Günther Quandt produzierte in einer Monopolstellung Soldaten-Uniformen für das Deutsche Reich im 1. Weltkrieg. Je länger der Krieg dauerte, je mehr Soldaten als Kanonenfutter an die Front geschickt wurden, desto mehr Profit für ihn. Günther Quandt baute das Konzernimperium mit Kohle, Batteriefertigung und Rüstungsproduktion aus. Er finanzierte die NSDAP schon vor der Machtübergabe 1933. Im 2. Weltkrieg mussten Zwangsarbeiter:innen aus Konzentrationslagern als Arbeitssklav:innen für das Quandt-Imperium und die Faschisten Rüstungsgüter herstellen. Günther Quandt betrieb in seiner Batteriefirma Varta darüberhinaus ein eigenes KZ. Mit der Kriegsbeute kaufte er in der Bundesrepublik zusammen mit seinem Bruder Herbert den Autohersteller BMW – ein inzwischen weltumspannender Konzern. Heute arbeiten entlang der Wertschöpfungskette von BMW Millionen Arbeiter:innen zu Hungerlöhnen: In Mexiko für ein bis zwei Dollar pro Stunde, in China, Südafrika, Indien und Indonesien für noch weniger. Susanne Klatten und Stefan Quandt gehören zu den größten Financiers der regierenden Parteien. In der Corona-Krise bekam BMW Kurzarbeitsgeld für 40.000 Arbeiter:innen vom Staat – und schüttete gleichzeitig 1,64 Milliarden Euro Dividende an die Aktionär:innen aus! In einem Interview mit dem Manager-Magazin beklagten sich die Geschwister über ihr hartes, gefährdetes Leben und den schlimmen Neid. Susanne Klatten meint: „Wir wissen, dass Umverteilung noch nie funktioniert hat.“



MARIA-ELISABETH & GEORG SCHAEFFLER



Privatjets, Pelzmäntel, Champagner – das lieben Frau Schaeffler und ihr Sohn. Den beiden gehört die Schaeffler AG. Ihr Vermögen: 8,5 Milliarden Euro. Maria-Elisabeth ist die Witwe von Georg Schaeffler. Er und sein Bruder Wilhelm – Wirtschaftsprüfer bei der Dresdner Bank – erbeuteten 1940 günstig die Textilfabrik eines jüdischen Unternehmers, der vor den Nazis aus Deutschland fliehen musste. Die Brüder benannten sie um in Schaeffler AG und produzierten Panzerteile und Wehrmachtsuniformen für den Eroberungskrieg des deutschen Faschismus. Die Firma Schaeffler verarbeitete auch Menschenhaar von Ermordeten aus dem Vernichtungslager Auschwitz. Kriegsgefangene mussten bei ihnen Zwangsarbeit leisten. Nach dem Krieg wurde der Konzern zum wichtigen Zulieferer für die Produktion von Autos, Flugzeugen, Maschinen – und Rüstung. 2009 übernahmen Schaefflers auch das größte Aktienpaket bei der Continental AG. Heute betreibt der Schaeffler-Konzern Profitmaximierung durch Umstrukturierungen, Outsourcing und Verlagerung in Billiglohnländer mit schlechten Arbeitsbedingungen. Schaeffler und Continental planen, deutsche Werke zu schließen und rund 35.000 Stellen abzubauen.

ARBEITSK

JETZT WIRD GESTREIKT!

14. APRIL 2020, SONTHOFEN, BAYERN

Dutzende Autos blockieren am frühen Morgen die Zufahrt zum Werk des Automobilzulieferers Voith im bayrischen Sonthofen. Streikende Arbeiter:innen haben ihre Autos in der Werkszufahrt geparkt. Sie blockieren mehrere Stunden lang. Über einen Monat lang streiken hunderte Arbeiter:innen des Werks gegen eine geplante Werksschließung und den Verlust ihrer Arbeitsplätze und organisieren öffentlichkeitswirksame Aktionen.

19. MAI 2020, BONN, NRW

„Mafia, Mafia!“ Auf einer Kundgebung in der Bonner Innenstadt rufen streikende Erntehelfer:innen Parolen gegen den Agrarbetrieb Ritter Spargel aus Bornheim. Sie schufteten anderthalb Monate unter miesen Bedingungen ohne Gesundheitsschutz und bekamen nur einen Bruchteil des versprochenen Lohns. Der Betrieb hat sich verkalkuliert, ist Pleite gegangen und die Arbeiter:innen sollen es nun ausbaden. Ihnen reicht es. Über 150 treten jetzt selbstbestimmt in den Streik und lassen sich auch durch einen vom Betrieb angezettelten Polizeieinsatz nicht davon abhalten. Sie demonstrieren mehrmals zusammen mit solidarischen Gewerkschafter:innen und Linken.

23. SEPTEMBER 2020, FRANKFURT, HESSEN

1.400 Arbeiter:innen aus sieben Werken des milliardenschweren Konzerns Continental haben sich zu einer Kundgebung versammelt. Wieder geht es um einen Konzernvorstand der Automobil-Zulieferung der Werksschließungen plant und damit auch den Abbau von über 12.000 Arbeitsplätzen. Nach der Kundgebung umzingeln sie die Frankfurter Börse. Ein klares Statement gegen die Anteilseigner des Konzerns, ganz vorne mit dabei die schon erwähnte Familie Schaeffler, für deren Rendite es massenhaften Rausschmiss und Produktionsverlagerung in Billiglohnländer geben soll. Ein Kollege findet klare Worte: „Wenn die Krieg haben wollen, dann kriegen sie ihn!“

27. NOVEMBER 2020, WERNE, NRW

Verkehrschao vor dem Amazon-Lager der Kleinstadt Werne: In rund 180 Autos protestieren Amazon-Arbeiter:innen mit einem Auto-Korso für bessere Arbeitsbedingungen und für einen Tarifvertrag. Sie blockieren die Straße zum Firmengelände für mehrere Stunden. Die LKW's für die Anlieferung stauen sich über hunderte Meter. Die Aktion reiht sich ein in Streik- und Protestaktivitäten in 15 Ländern, die sich gezielt während der „Black-Friday“ Rabatt-Aktion gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen bei dem milliardenschweren Konzern richten.

AMPF!



Auch in der diesjährigen Tarifrunde Metall-Elektro gab es bundesweit kreative Aktionen und Warnstreiks von Kolleg:innen, um ihre Kampfbereitschaft zu zeigen: Auto-Korsos, Demos und Kundgebungen, Betriebsversammlungen als gemeinsame Protest-Aktionen...

ORGANISIEREN IM BETRIEB!

Im alltäglichen Arbeitsgeschehen die Belegschaft zusammenzubringen, kleine Verbesserungen heraus schlagen, Vertrauen und ein solidarisches Klima untereinander schaffen. Das erleichtert nicht nur den Arbeitsalltag, es ist auch die Voraussetzung für den gemeinsamen Kampf, wenn's ernst wird und um den Arbeitsplatz überhaupt geht. Es ist kein Geheimnis, dass Betriebs- und Personalräte in vielen Fällen nicht gerade Quellen der Aktivität und Konfrontation sind, das muss aber nicht so bleiben, wenn sich die richtigen beteiligen. Der Zusammenhalt im Betrieb ist gerade jetzt noch wichtiger als sonst: Er ist eine Antwort auf die verbreitete Vereinzelung und Unsicherheit in der Corona-Krise, in der ganz klar wurde, dass für das soziale Wohlergehen und die sozialen Bedürfnisse der Lohnabhängigen kein Finger gerührt wird. Ganz im Gegensatz zur Profitwirtschaft, deren Bedürfnisse mit allen Mitteln durchgesetzt werden.

KÄMPFEN UM DIE GEWERKSCHAFTEN!

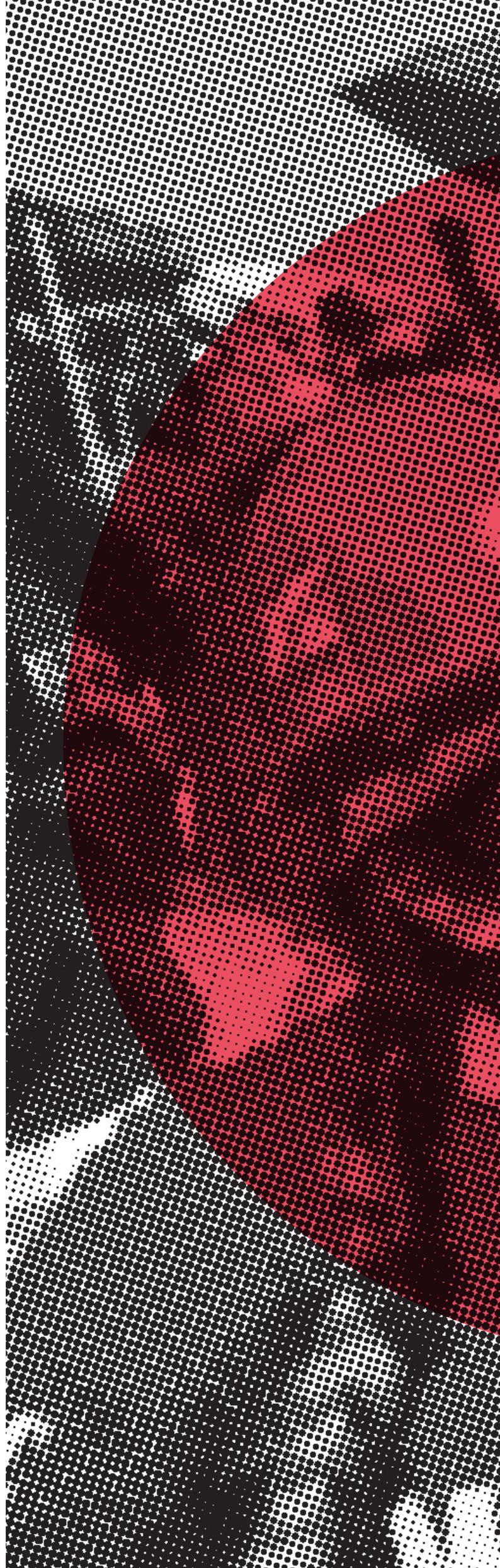
Der Sinn und Zweck von Gewerkschaften sollte es sein, die Interessen der Arbeiter:innen gegen die Kapitalistenklasse zu verteidigen. Das ist für die Mitglieder aber längst nicht immer spürbar. Groß ist der Einfluss von sozialdemokratischen Kräften und Karrierist:innen, die Klassenkämpfe befrieden wollen. Dennoch sind es die einzigen Massenorganisationen mit Millionen von Mitgliedern, die überhaupt in der Lage sind, Arbeitskämpfe zu organisieren und dem Anspruch nach den Arbeiter:innen gehören. Die wenigsten von uns sind wohl beigetreten um vom Handeln abgehalten zu werden – also warum nicht auch hier alle Ansätze von Kampf, Protest und Widerstand aufgreifen, die sich bieten? Etliche aufrichtige Gewerkschafter:innen, die sich gerade in Krisenzeiten mit vollem Einsatz in den Kampf für Belegschaften begeben, beweisen, dass auch zur Zukunft der Gewerkschaften das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Aktivität und Kritik in der Gewerkschaft gehören genauso zusammen, wie Arbeit und Pause im Job. Nur so können wir von unten dafür sorgen, dass die Gewerkschaften wieder die Stärke und den Kampfwillen entwickeln, den es braucht um in den Kämpfen um unsere Arbeitsbedingungen am längeren Hebel zu sitzen.

SOLIDARISIEREN WENN'S STREIKT!

Meldungen von Betriebsschließungen und Massenentlassungen, Skandale um miese Arbeitsbedingungen, Tarifaueinandersetzungen mit Warnstreiks und Aktionen – das alles ist nicht neu. Neu ist die Häufung, die sich auf mehrere Branchen gleichzeitig ausweitet und längst nicht an den Grenzen Deutschlands halt macht. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Krise, in der jeder Arbeitskampf eine Blaupause für andere Belegschaften sein könnte, die es auch noch treffen kann, sollten wir die Geschehnisse nicht nur von außen betrachten: Solidarität ist gefragt. Das ist enorm wichtig für die betroffenen und kämpfenden Kolleg:innen! Betriebliche Auseinandersetzungen können auf verschiedenen Wegen von außen unterstützt werden. Zum Beispiel: Die eigenen Kanäle nutzen, um über die Interessen der Belegschaften informieren, an Aktionen vor Betrieben teilnehmen, Solidaritätsbekundungen von anderen Belegschaften und weiteren Unterstützer:innen organisieren. Und wenn gestreikt wird, gilt es natürlich in aller Öffentlichkeit klar Position zu beziehen!

Wenn Arbeitskämpfe auch außerhalb der Betriebe und Einrichtungen sichtbar werden, wenn Streiks und Protest-Aktionen für Aufregung in Politik und Medien sorgen, dann wird deutlich, dass es hier um mehr geht, als um Klärungsbedarf zwischen vermeintlichen „Sozialpartnern“. Es geht darum, wer über den Wert der Arbeitskraft, über die Bedingungen und die Perspektive der Lebensgrundlage von Lohnabhängigen entscheidet. Und es geht um die Frage der Durchsetzungskraft. Eigentümer:innen, wie Ritter, Schaeffler und Bezos haben bei Entscheidungen nur eines im Kopf: Den eigenen Besitz erhalten und am besten vergrößern – und das werden sie mit allen Mitteln versuchen durchzusetzen.

Arbeitskämpfe sind das erste und wichtigste Mittel, um uns dagegen zu verteidigen! Sie alleine werden die Eigentumsordnung zwar nicht umdrehen, aber sie sind die Basis für alle weitere Schritte. Arbeiter:innen und Beschäftigte, die sich organisieren, für ihre Interessen kämpfen und Druck von unten aufbauen, werden diejenigen sein, die einen Bruch mit dem Kapitalismus und den Aufbau einer anderen Wirtschaftsordnung überhaupt erst möglich machen: Eine Wirtschaft in den Händen derer, die sie am Laufen halten, um sie nach den Bedürfnissen der Mehrheit zu gestalten. Güter, Erzeugnisse und Leistungen, die ein langfristiges gesellschaftliches Leben für möglichst viele und auf höchstmöglichem Niveau ermöglichen. Genau das sollte doch eigentlich der Sinn und Zweck von Arbeit sein.





KRANK IST DAS SYSTEM!



Ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie hält uns das Virus immer noch in Atem. Die drohende Überlastung des Gesundheitssystems und die Verschiebung von Reproduktionsarbeiten, wie Kindererziehung, Bildungsarbeit, in die Kleinfamilie – und damit auf den Rücken von Frauen – scheint sich ungebrochen fortzusetzen.

Corona trifft in kapitalistischen Staaten wie Deutschland auf Gesundheits- und soziale Dienstleistungssysteme, die darauf ausgelegt sind kostengünstig und profitorientiert zu funktionieren. Das hat wenig mit ihrem eigentlichen Zweck zu tun und wird in der Pandemie zum offensichtlichen Problem.

Seit Jahrzehnten wird der Gesundheitssektor abgewirtschaftet und zu Profitzwecken ausgepresst. Mit der Einführung des Fallpauschalensystems, den sogenannten DRGs, wird medizinische Versorgung nicht an Bedürfnissen der Patient:innen ausgerichtet, sondern anhand möglichst gewinnbringender Behandlungen. Durch die Privatisierung der öffentlichen Versorgung erschließt sich das Kapital einen profitablen Markt. Mittlerweile sind in Deutschland 40 Prozent des Gesundheitssektors privatisiert. Seit 1995 wurden 500 Krankenhäuser, meist weil sie „nicht-profitabel“ waren, geschlossen und so viel Personal eingespart, dass heute eine Pflegekraft im Krankenhaus 30 Prozent mehr Patient:innen versorgen muss als 1995. Es ist wenig überraschend, dass dieses am Limit stehende System nun mit der Pandemie an seine Grenzen stößt.

Die kapitalistische Profitlogik prägt auch andere reproduktive Berufsbranchen, wie die Soziale Arbeit, Kinderbetreuung, die Hauswirtschaft oder die Reinigungsbranche. Statt der Orientierung am Wohl der Menschen werden Personalkosten eingespart, Zeitlimits für jeden Handgriff gesetzt und Einrichtungen an private Träger verscherbelt. Für jede geforderte Verbesserung heißt es: Kein Geld da! Und das nicht nur in Einrichtungen, die in privater Hand sind. Wie die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst im Herbst 2020 zeigten, machen auch Staat und Kommunen fleißig mit beim Profitprinzip und gestanden einigen Berufsgruppen nicht einmal einen Inflationsausgleich

zu. Am Ende des Tages geht es darum die Menschen möglichst kostengünstig „gesellschafts- und arbeitsfähig“ zu machen – und zwar im Sinne der kapitalistischen Funktionslogik. Wenn nötig und wo möglich wird gesellschaftlicher Bedarf auch ins Private verlegt. Bis heute werden große Teile der Altenbetreuung, Kindererziehung oder Krankheitspflege von Familienangehörigen übernommen und zwar in den meisten Fällen von Müttern, Schwestern, (Ehe-)Partnerinnen – Frauen. Die kapitalistische Sparpolitik an menschlicher Gesundheit, Pflege, Sorge, Bildung und Erziehung geht somit auf Kosten derjenigen, die gepflegt oder anderweitig betreut werden müssen und auf Kosten der Beschäftigten, die im Rahmen reproduktiver Dienstleistungen, unter hohem Zeitdruck für menschliches Wohl sorgen, und auf Kosten von Frauen. Sie stellen nicht nur 80 Prozent der Beschäftigten in der bezahlten Reproduktionsarbeit, sondern leisten zusätzlich 80 Prozent der unentgeltlichen Haus-, Pflege- und Sorgearbeit.

Verbesserungen schaffen wir nicht durch Bitten und Flehen. Wenn wir wirklich etwas ändern wollen, müssen wir uns organisieren. Erst durch kollektives und solidarisches Handeln können wir den kapitalistischen Verhältnissen, die Frauen besonders und mehrfach ausbeuten, wirklich etwas entgegensetzen. Massenhaft streikende Pflegekräfte, massenhaft streikende Reinigungskräfte und massenhaft streikende Frauen, die die Reproduktionsarbeiten liegen lassen, sind ein starkes Mittel, um die kapitalistische Routine zu stören. Aber wir wissen auch, dass dieses System der Profitlogik und Ausbeutung nicht durch Reformen durchbrochen werden kann. Für eine am Wohl der Gesellschaft orientierte Reproduktionsarbeit brauchen wir den Bruch mit dem Kapitalismus.



HELFEND IN DEN BURNOUT – BERICHT AUS DER STATIONÄREN JUGENDHILFE

12 - 14 Stunden-Schichten, in der Regel ohne Pause, weil wir alleine im Dienst sind und sonst die Aufsichtspflicht verletzen würden. In den Nachtschichten werden 5 – 8 Stunden „Bereitschaftszeit“ nur mit 25% bezahlt, obwohl es eher die Ausnahme ist, dass wir zum Schlafen kommen. Wenn ich Überstunden mache, weil Kolleg:innen krank oder in Quarantäne sind, bekomme ich keinen Freizeitausgleich mehr, sondern nur die Auszahlung. Jeden Tag, den ich in die Arbeit gehe und jungen Menschen in Krisen beistehe, mich anschreien und bedrohen lasse und gleichzeitig im Bürokratiewahnsinn ertrinke, frage ich mich, warum wir uns das gefallen lassen. Chefs, Kommunen und Politiker:innen appellieren dann an unsere Moral. Für die armen Kinder sei zu wenig Geld da, wir könnten sie doch nicht im Stich lassen. Wenn wir am Ende des Tages im Burnout und in der Altersarmut landen interessiert es sie aber nicht. Soviel zum Thema Moral. Deshalb müssen wir uns organisieren und uns wehren. So wie es ist kann es einfach nicht bleiben.



PFLEGEKRÄFTE AM ENDE IHRER KRÄFTE – BERICHT EINER GEWERKSCHAFTERIN

Die Situation in den Krankenhäusern war vor der Pandemie prekär und sie wird es auch danach bleiben. Corona macht nur sichtbar, was die Pfleger:innen schon lange wissen: Es gibt viel zu wenig Personal. Sich angemessen um Patient:innen zu kümmern ist so unmöglich. Nachts ist oft eine Pflegekraft alleine für bis zu 20 Menschen zuständig. Entscheidungen treffen alleine Chefärzt:innen, oft mit Blick auf das Geld statt auf die Gesundheit der Patient:innen. Die Lasten müssen dann die Pflegekräfte tragen. Das Alles schlägt auch auf ihre Gesundheit: Krankheit wegen Stress und Überlastung ist hier Alltag. Kein Wunder, dass immer mehr Pflegekräfte keinen anderen Ausweg mehr sehen und den Beruf verlassen. Aber es geht auch anders: Während der Tarifkämpfe vergangenes Jahr haben mehr als 10.000 Kolleg:innen eine Fotopetition unterzeichnet, in der sie ein Ende des Outsourcings und der Fallpauschalen und mehr Personal gefordert haben. Klar reicht das nicht aus, aber es ist ein gutes Signal. Wirklichen Druck werden wir nur in Streiks oder anderen kreativen Arbeitskämpf-Aktionen aufbauen können. In diese Richtung müssen wir uns bewegen!



DIESES JAHR WAR EINE HARTE HERAUSFORDERUNG! – KOMMENTAR EINER MUTTER

Kinderbetreuung weg, Schulunterricht von zu Hause, Arbeitszeit verkürzen, weniger Lohn aber insgesamt mehr Arbeit und ständiges Neuorganisieren. Wie das zu schaffen sein soll, ist mir eigentlich ein Rätsel! Das Private ist politisch, hat schon Ulrike Meinhof gesagt. Und dass sie recht hatte, ist mir erst als Mama so richtig klar geworden. Eine Kinderbetreuung finden die bezahlbar ist, trotzdem nur Teilzeit arbeiten können und dann noch der Berg an zusätzlicher Hausarbeit. Wenn sich für Frauen wie mich wirklich was ändern soll, muss sich in der ganzen Gesellschaft was ändern. Schon vor Corona war es bei Vielen eng. Aus Frauensicht ist das, was dann mit der Pandemie noch dazukam, ein krasser Rückfall in die 50er Jahre der BRD. Aber es gab in den letzten Monaten auch die andere Seite: Wir haben uns als Frauen organisiert und uns gegenseitig gestärkt. Zum Frauenkampftag am 8. März war das endlich mal wieder auch auf der Straße sichtbar! Wir sind nicht nur Betroffene, sondern auch diejenigen, die richtig Druck machen können! Und: Wir sind die Hälfte der Menschheit!



ÜBER DIE FOLGEN DES TESLA-KAPITALISMUS FÜR ARBEITER:INNEN UND DIE UMWELT

* „We will coup whoever we want! Deal with it.“ - das twitterte der Tesla-Chef Elon Musk als Antwort auf Menschen, die gegen den von der USA gestützten Putsch der Rechten in Bolivien gegen die dort bisher regierende linke „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) protestierten.

AUS DER BOLIVIANISCHEN SALZWÜSTE...

Ein wichtiger Schlüssel des „grünen“ Kapitalismus liegt in Bolivien. Hier, in der riesigen Salzwüste befindet sich das weltgrößte und bisher kaum erschlossene Vorkommen des silber-weißen Metalls Lithium. Es wird abgetragen, um in Batterien für Smartphones aber auch E-Autos verarbeitet zu werden. Gerade für sie ist Lithium einer der wichtigsten Rohstoffe. Von der Batterie hängen Reichweite und die Leistung der neuen Autos ab.

Abgebaut wurde das bolivianische Lithium bisher durch einen Mischkonzern, der zur Hälfte der dortigen Regierung und zur anderen Hälfte einem deutschen Bergbaukonzern gehört. Das heißt: Die Gewinne blieben zum großen Teil nicht in Bolivien, während die Natur Boliviens zerstört und die bolivianische Arbeiter:innen mit Billiglöhnen ausgebeutet wurden.

Aber damit nicht genug: Ein Putsch, den die USA Ende 2019 zusammen mit bolivianischen Rechten gestartet haben, hatte neben der Erledigung einer linken Regierung im selbsterklärten Einflussgebiet der USA eben auch das Lithium zum Ziel. Das sollte nach dem Regierungswechsel durch US- und nicht

mehr durch deutsche Konzerne ausgebeutet werden. Aber das Vorhaben scheiterte. Nach dem Sieg der MAS über die Putschisten bei den Parlamentswahlen im Dezember 2020 fiel der Tesla Aktienkurs schlagartig. Es läuft eben doch nicht immer so, wie Elon Musk es gerne hätte.

Mit dem bolivianischen Lithium ist es wie mit dem irakischen Öl, der kolumbianischen Steinkohle oder dem Gold aus Venezuela. Auch der angeblich „grüne“ Kapitalismus braucht den ungebremsten privaten Zugriff auf Rohstoffe für seine neue Technologien und seine Gewinne. Und er wird sie sich im Zweifelsfall auch weiter mit Mitteln wie Putsch oder Krieg besorgen.

... ZU DEN DEUTSCHEN MISCHWÄLDERN.

Mit dabei sind auch Konzerne wie Volkswagen oder BMW, die uns mit ihren neuen „grünen“ und für die meisten viel zu teuren E-Autos den Weg aus der von ihnen selbst produzierten Klimakrise verkaufen wollen. Umweltzerstörung, Armut, Terror und Flucht im globalen Süden sind Konsequenzen ihrer weltweiten

Jagd auf Rohstoffe und Arbeitskräfte. Aber wie sieht es hier in Deutschland aus?

Die alten Verbrennungsmotoren müssen weg! Sie sind für einen erheblichen Teil der CO²-Emissionen verantwortlich und vergiften uns mit zusätzlichem Feinstaub. Der erhöht die Krebsrate z.B. bei Menschen, die in viel befahrenen Städten oder an großen Autobahnkreuzen leben um ein Vielfaches.

Die E-Autos sind aber längst nicht die „saubere Alternative“, als die sie gerne verkauft werden. E-Autos sind in der Produktion so belastend für die Umwelt, dass sie erst nach einem Jahrzehnt einen Vorteil für das Klima bringen und eine Abkehr vom teuren Individualverkehr bedeuten sie erst Recht nicht. Das deutsche Autobahnnetz, das jetzt schon eines der dichtesten auf der ganzen Welt ist, soll sogar noch weiter ausgebaut werden. Für die Anbindung der Ferrero-Produktion an die A49, wurde letztes Jahr der Dannenröder Forst, ein 250 Jahre alter Mischwald, gegen jeden Widerstand abgeholzt.

Im ländlichen Brandenburg setzt Tesla-Gründer Elon Musk derweil, unterstützt von der Bundesregierung, eine gigantische Batteriefabrik in ein Wasser- und Naturschutzgebiet. Die Batterien bestehen nicht nur aus Lithium, das um die halbe Welt geschifft wurde, sondern zur anderen Hälfte aus giftigen Säuren. Das ganze Vorhaben ist genauso umweltbewusst, wie Musks 70 Millionen Dollar Privatjet.

KLIMASCHUTZ FÜR WEN?

Die Produktion von Elektroautos schadet nicht nur den Menschen im globalen Süden und unserer Umwelt. So ein Auto wird sich in Deutschland kaum eine Arbeiter:in leisten können. Es sitzen schon genug Menschen in Gefängnissen, weil sie die ÖPNV-Preise nicht bezahlen konnten. Und das bei rapide steigenden Mieten in den Städten und immer weiteren Wegen zur Arbeit.

Aber warum das Ganze? Klimaschutz ist offensichtlich nicht der eigentliche Grund für die E-Auto-Subventionen der Bundesregierung. Das Auto mit Verbrenner ist nicht nur schlecht für die Umwelt, es wirft auch nicht mehr genug Gewinn ab. Die deutsche Autoindustrie hat den Wechsel verschlafen und die Manipulation der Abgaswerte ist auch aufgefliegen. Was tun?

Die E-Autos werden in neuen Fabriken produziert, die höher automatisiert sind und viel weniger Arbeitskraft benötigen. Es geht also darum, teurere Autos zu geringeren Lohnkosten zu produzieren, um

im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Zeiten dafür sind günstig. Klimaschutz ist eine wirksame Werbetaktik, es gibt dafür Steuergeschenke vom Staat und Kündigungen lassen sich einfach mit der Corona-Pandemie oder Umweltschutzauflagen begründen.

KLIMAGERECHTIGKEIT STATT TESLAKAPITALISMUS

Was wir brauchen sind keine Elektroautos. Wir brauchen einen ÖPNV, der für alle funktioniert. Und zwar kostenlos. Sowohl in Arbeiter:innen-Vierteln, als auch auf dem Land. Und wir brauchen eine gute Lösung für die Kolleg:innen in der Auto- und in der Energie-Industrie.

Am Beispiel der Steinkohle im Ruhrgebiet sieht man sehr gut, was passiert, wenn einzelne Branchen von heute auf morgen abgewickelt werden und Arbeiter:innen ganzer Städte plötzlich auf der Straße sitzen. Das droht auch den Arbeiter:innen in der Braunkohlegewinnung und in den Autowerken. Hier braucht es langfristige Pläne, die nicht daran ausgerichtet sind, die Gewinne der Konzerne zu optimieren, sondern daran, dass niemand auf der Strecke bleibt. Umschulungen, Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich oder auch voll bezahlte Frührenten könnten ein Teil davon sein. Bei der Transformation einer so großen und starken Branche wie der Automobilindustrie zugunsten des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs wird zwangsläufig viel überflüssige Arbeit wegfallen. Was im Kapitalismus beinahe unweigerlich zu Stellenstreichungen und Arbeitslosigkeit führt, könnte in einem sozialistischem Gesellschaftssystem ganz einfach weniger Arbeit für alle bedeuten ohne dass irgendwer dafür Lohneinbußen hinnehmen müsste. Das wäre möglich, wenn sich die arbeitende Klasse die Früchte ihrer immer effektiveren Arbeit kollektiv aneignen und für den tatsächlichen Bedarf, anstatt für Profit produzieren würde. Das wird uns aber nicht geschenkt werden. Für eine umweltverträgliche Zukunft mit sozialen Perspektiven für alle werden wir zusammen kämpfen und streiken müssen. Die Umweltbewegung gemeinsam mit den Arbeiter:innen aus der Industrie. Um eine Art des Wirtschaftens zu organisieren, die sich nicht auf die Ausbeutung des globalen Südens stützt, müssen wir die Wirtschaft selbst, geplant und demokratisch von unten organisieren. Dafür ist es zwingend notwendig, sie der Kontrolle von Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparaten zu entziehen. Also ran an die Fabriken, die Gruben und Schienennetze. **Enteignen!**

EINZELFÄLLE AM LAUFENDEN BAND...

#POLIZEIPROBLEM

Akzeptanz, Respekt, Gleichberechtigung, Teamarbeit und Vielfalt – Wer denkt bei diesen starken Worten nicht sofort an die deutsche Polizei? In einer aktuellen Werbekampagne der Berliner Polizei präsentiert sie sich besonders cool und selbstironisch als sympathische Gemeinschaft, die alles dafür gibt, diese Werte zu verteidigen. Und auch in den anderen Bundesländern klingen die Werbeslogans der Staatsdiener nach Menschlichkeit, Verantwortung und vor allem Vielfalt – dieses Wort scheint ihnen überhaupt das Wichtigste zu sein.

Warum eine so zwanghafte Imagepflege für eine Behörde, von der doch alle wissen, dass es im Einsatz und auf den Dienststellen nicht um Werte, sondern um klar definierte staatliche Aufgaben geht? Weil die Realität ein ganz anderes Bild zeichnet. Einige Schlaglichter:

Letztes Jahr ist bundesweit eine ganze Reihe polizeiinterner Chatgruppen mit mehreren hundert Mitgliedern aufgefliegen, in denen offen rassistische und faschistische Inhalte geteilt wurden. Bilder von Kegelabenden unterm Hakenkreuz, Witze über die Erschießung „illegaler Einwanderer“, die Bezeich-

nung des Islam als „fanatische Primatenkultur“ und Freude über Nazi-Gewalt gegen Linke. Offensichtlich beginnt der rechte Gedankenaustausch dabei immer wieder bereits auf Polizeischulen. Bekannt wurden diese Gruppen nur zufällig oder weil es Einzelnen zu weit ging. Was an ähnlicher rechter Stimmungsmache in der Polizei noch unter der Oberfläche schlummert, lässt sich nur erahnen.

Schnell gezückte Handykameras sorgen dafür, dass heute mehr und mehr öffentlich wird, wie selbstverständlich und ohne Not Polizeikräfte beleidigen, schlagen, treten, den Knüppel schwingen oder Reiz-



gas versprühen: Mehrere Prügelszenen vor allem gegen Jugendliche und Wohnungslose wurden im vergangenen Jahr durch Handyvideos öffentlich gemacht und haben bundesweit für Empörung gesorgt. Sogar laut offizieller polizeilicher Statistiken gab es allein 2019 1.500 angezeigte Körperverletzungen im Amt, von denen aber nur 2% zu Anklagen und weniger als 1% zu Verurteilungen führten. Eine aktuelle Studie der Universität Bochum geht von einer unwahrscheinlich höheren Dunkelziffer aus: Im Durchschnitt ist danach jährlich von 12.000 Fällen von Polizeigewalt auszugehen. Das ist bei den minimalen Erfolgsaussichten einer Anzeige und dem hohen Risiko einer Gegenanzeige von der Polizei, die vor Gericht zusammenhält und maximale Glaubwürdigkeit genießt, ist nicht gerade überraschend.

Für wen diese Tendenzen besonders gefährlich sind, ist kein Geheimnis: Migrant:innen, Geflüchtete und Menschen, die ihrem Äußeren nach so eingeschätzt werden. Dass ein „nicht-deutsches Aussehen“ einer der häufigsten Gründe für „verdachtsunabhängige“ Personenkontrollen ist, dass eine nicht-weiße Hautfarbe ausreicht, um in demütigender Art und Weise nach Drogen durchsucht zu werden und dass es genügt, Migrant:in zu sein, um nach Auseinandersetzungen zuerst als Täter:in abgestempelt zu werden, ist Fakt in diesem Land. Warum das nicht offiziell anerkannt und mit Zahlen belegt werden kann, hat Bundesinnenminister Seehofer im vergangenen Sommer vorgeführt: Er hat eine Studie zum Rassismus-Problem im Polizeiapparat verhindert, weil er keinen Bedarf dafür gesehen hat. Das ist aus der Sicht des rechten CSU'lers, der ein bisschen Rassismus im Apparat für seine Law-and-Order und Abschottungspolitik ganz gut gebrauchen kann, nur konsequent. Für alle, die einen solidarischen Zusammenhalt von unten wollen, bedeutet das einen klaren Gegensatz zu den Interessen des Staatsapparates.

Dass polizeilicher Rassismus in Deutschland nicht nur gefährlich, sondern auch tödlich ist, beweisen Recherchen der Kampagne „Death in Custody“: Seit 1990 sind 181 Menschen mit nicht-weißer Hautfarbe in deutschem Polizeigewahrsam gestorben. Konsequenzen gab es für die Verantwortlichen nur in wenigen Fällen.

Besonders deutlich wird das ganze Problem mit den Verstrickungen von Polizei und faschistischen Netzwerken: Polizisten, die führende Teile von „Nordkreuz“ waren, einer Gruppierung, die Waffen und

Munition hortete, Todeslisten anlegte, auf denen sie Linke und andere Andersdenkende aufführte, und sich auf den „Tag X“ der Machtübernahme vorbereitete. Hessische Polizisten, die unter verschiedenen Pseudonymen (u.a. SS-Obersturmbannführer und NSU 2.0) mit Hilfe von Datenabfragen auf Polizeirechnern hunderte Mord- und Bombendrohungen an Linke und andere Nazigeegner:innen versendeten. Ein Berliner Polizist, der einen Geflüchteten zusammen mit acht anderen Männern krankenhausreif schlug und gleichzeitig Teil einer - über viele Jahre erfolglosen - Ermittlungsgruppe zur Aufklärung einer faschistischen Anschlagsserie gegen Linke in Neukölln war. Und ebenfalls im Zusammenhang mit der Neuköllner-Anschlagsserie: Zwei persönliche Morddrohungen gegen Berliner Antifaschisten nach Personenabfragen zu den Betroffenen in einer Polizeidatenbank.

Die rechten und gewalttätigen Umtriebe sind nicht einfach ein Makel. Sie sind ein Teil der Polizei, der nicht im Gegensatz zum Sinn und Zweck ihrer Arbeit steht, sondern nur eine etwas härtere Gangart vorlegt. Die wesentliche Aufgabe der Behörde, die aktuellen Macht und Eigentumsverhältnisse zu schützen, ist mit Gewalt ohnehin, aber ohne Probleme auch mit Rassismus kombinierbar – schließlich sind Migrant:innen in Deutschland in der Mehrheit nicht die großen Profiteur:innen des Kapitalismus. Beim unverhältnismäßig harten Vorgehen gegen Linke, das zur festen Tradition der deutschen Polizei gehört, vereinen sich rechtes Gedankengut und der politische Auftrag der Polizei sogar: Aus der einen Perspektive ist die Prügelattacke gegen linke Demonstrant:innen politische Befriedigung, aus der anderen ist es effektive Gefahrenabwehr. Der immer wieder freundschaftliche und nachlässige Umgang der Polizei mit den rechten Corona-Demos passt in das Bild.

Der Bruch mit dem Kapitalismus, geht nicht ohne Bruch mit diesem Polizeiapparat. Behörden, die soziale Ungleichheit festschreiben, rassistisch unterdrücken und sozialen Fortschritt zur Straftat machen, sind keine „Freunde und Helfer“. Die Alternative liegt in der Organisation unserer gemeinsamer Interessen und dem Aufbau politischer Gegenmacht von unten. Ein Leben in sicheren Verhältnissen geht nur ohne die Sicherheit der herrschenden Verhältnisse!

MIT MUT UND SOLIDARITÄT – POLIZEIGEWALT ENTGEGENTRETEN!

KRIEG DEN PALÄSTEN, FRIEDE DEN HÜTTEN!

DIE PARISER KOMMUNE VOR 150 JAHREN - EIN FRÜHER SOZIALISTISCHER VERSUCH

Es ist das Jahr 1871. Der kurze Krieg deutscher Staaten gegen das Kaiserreich Frankreich ist fast vorbei. Frankreich verliert den Krieg und Kaiser Napoleon III. wird gefangen genommen. Die neue provisorische bürgerliche Regierung befindet sich mit dem frisch gegründeten Deutschen Reich in Friedensverhandlungen, als am 18. März 1871 aufständische Arbeiter:innen zusammen mit revolutionären Teilen der französischen Nationalgarde unter selbst gewählter Leitung (Zentralkomitee) die Macht in Paris übernehmen.

In Paris werden umgehend Wahlen zum revolutionären Gemeinderat organisiert, dem die politische Macht übertragen wird. Da sich der Großteil der französischen Soldaten in Kriegsgefangenschaft befindet und die Kommune auch über schwere Waffen verfügt, kann die französische Zentralregierung dem vorerst nichts entgegensetzen. Die bürgerliche Regierung und ihr Anhang aus Pfaffen und Bullen werden aus der Stadt gejagt. Paris wird belagert: Von deutschen Besatzungstruppen und den verbliebenen französischen Regierungstruppen. Die Verteidigungskräfte des revolutionären Paris wehren alle Angriffe über viele Wochen erfolgreich ab. Erst nachdem große Teile der französischen Kriegsgefangenen genau für diesen Zweck von den Deutschen frei gelassen werden, können die Regierungstruppen Ende Mai in die Stadt eindringen. In einem heroischen Abwehrkampf leisten unzählige Frauen und Männer mit der Waffe in der Hand Widerstand. Erst nach über einer Woche Straßenkampf werden sie niedergeworfen. An die Eroberung schließt sich die „Blutwoche“ an, in

der die Besatzer mordend und plündernd durch die Stadt ziehen. Über 30.000 echte und vermeintliche Revolutionär:innen werden ermordet und weitere 40.000 verhaftet.

In nur 72 Tagen hat die Pariser Kommune der Welt gezeigt, dass eine andere Gesellschaft möglich ist. Fabriken und Werkstätten wurden unter Verwaltung der Arbeiter:innen gestellt, Mietschulden wurden erlassen, die Polizei des alten Staates wurde aufgelöst und durch proletarische Sicherheitsorgane ersetzt. Eine besondere Rolle beim Aufbau, der Organisation und der militärischen Verteidigung der Kommune spielten die Frauen von Paris. Sie brachen mit der patriarchalen Rollenverteilung und erkämpften sich ihren Platz in der revolutionären Gesellschaft. Sie schufen sich eigene Strukturen, Gewerkschaften und auch ein Frauenbataillon der Verteidigungskräfte. Die Trennung von Kirche und Staat und gleicher Lohn für Frauen und Männer sind weitere Beispiele dafür wie versucht wurde, die Lebensbedingungen der einfachen Leute zu verbessern – und dies unter widrigsten Bedingungen im Belagerungszustand. Erstmals war die Verwaltung einer Gesellschaft und die Verteilung der Güter an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Da die Pariser Kommune aber nicht nur beispielhaft für Revolution, Rätedemokratie und sozialistische Selbstverwaltung, sondern ihr Ende auch für die politische Rache und Verfolgung der Herrschenden steht, wird der 18. März schon seit 1923 als Aktionstag für die Freiheit der politischen Gefangenen begangen.



Den 150. Jahrestag der Pariser Kommune haben wir zum Anlass genommen, uns ausführlich mit diesem frühen sozialistischen Versuch zu befassen. In unserer Broschüre „Wenn der Kampf wieder aufgenommen wird... Die Pariser Kommune 1871“ skizzieren wir die historische Situation, in der es zur Pariser Kommune kam, folgen ihrem Verlauf und versuchen herauszuarbeiten, was wir heute aus dem revolutionären Anlauf und seinem Scheitern lernen können.

DIE BROSCHÜRE FINDET IHR ONLINE UNTER
perspektive-kommunismus.org

FÜR SELBSTBESTIMMUNG & SOZIALE BEFREIUNG!

150 JAHRE KAMPF GEGEN DIE BESTRAFUNG VON SCHWANGERSCHAFTSABBRÜCHEN

Seit 150 Jahren kämpfen (hauptsächlich) Frauen gegen das Verbot von Abtreibungen. Dieser Kampf wird geführt gegen einen kapitalistischen Staat, der schon das medizinische Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen bestraft, wenn es öffentlich gemacht wird und Frauen weiterhin das Recht abspricht, frei über ihre Körper zu entscheiden.

1871 wurde der §218 des Reichsstrafgesetzbuches eingeführt. Schwangerschaftsabbrüche waren von da an im ganzen Reich verboten und wurden mit Zuchthaus (Gefängnis mit erschwerten Haftbedingungen) bestraft. In der Weimarer Republik wurde der Kampf gegen das Abtreibungsverbot von den Arbeiter:innenparteien als Teil des Klassenkampfes geführt: Das Kapital hatte damals ständigen Bedarf an neuen Arbeitskräften um Profite zu erwirtschaften. Und der §218 sollte diesen Nachschub sichern. Die Kosten und den Aufwand für das Aufziehen und Versorgen der Kinder hatten aber nicht etwa die Fabrikbesitzer:innen zu tragen, sondern die Arbeiter:innen, insbesondere die Frauen. Für viele bedeutete das bittere Elend. Schon 1918 schrieb die KPD-nahe Zeitung „Die Kämpferin“: „Wenn das zweite und dritte Kind kommt, beginnt das Elend. Der Lohn reicht nicht mehr [...] Bereits im Mutterleib hungert der kleine Proletarier.“ Erreicht werden konnte allerdings nur, dass der Paragraph im Jahr 1926 kurzzeitig etwas entschärft wurde. 1933 wurde die Entschärfung von den deutschen Faschisten wieder rückgängig gemacht. Der Paragraph passte voll und ganz in ihr Frauenbild.

1972 wurde auf deutschem Boden der Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Schwangerschaftswoche entkriminalisiert. Allerdings in der DDR, nicht in der BRD. In der BRD gab es zwar 1974 einen Versuch der Entschärfung, dieser wurde aber durch eine Klage der CDU vor dem Bundesverfassungsgericht gestoppt. Es konnte nur durchgesetzt werden, dass Frauen aus

medizinischen (Gefahr für die Mutter) oder kriminologischen (Vergewaltigung) Gründen abtreiben können. Der Untergang der DDR bedeutete so einen gewaltigen Rückschritt für Millionen von Frauen. Erst Jahre nach dem Anschluss an die BRD konnte die heutige Gesetzeslage erkämpft werden. Diese bedeutet weiterhin

Zwang, individuelle und soziale Freiheit hinter den Wunsch des Kapitals nach neuen Arbeitskräften zurückzustellen. Schwangerschaftsabbrüche sind weiterhin grundsätzlich strafbar, sie werden nur nach entsprechender Zwangsberatung in den ersten 12 Wochen nicht bestraft. Ärzt:innen werden nach wie vor bestraft, wenn sie über Schwangerschaftsabbrüche informieren. Dieser Druck wirkt. In ländlichen Regionen Deutschlands ist es schwer überhaupt Ärzt:innen zu finden, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Das ist ein Schlag für alle betroffenen Frauen. Gerade für Lohnabhängige ist Elternschaft aber nicht nur eine Frage der eigenen Wünsche und

Lebensvorstellungen, sondern auch heute noch eine der materiellen Möglichkeiten: Da dieser Staat nicht für eine kollektive kostenlose Kinderbetreuung sorgt, bedeutet Elternschaft auch finanzielle Belastung. 42,7% aller Alleinerziehenden sind von Armut bedroht, bei Familien mit zwei Elternteilen aber mindestens drei Kindern sind es 30,9 %.

Der Kampf für die Abschaffung des §218 ist ein Kampf für die Selbstbestimmung der Frau. Es geht aber auch um das Interesse der gesamten Klasse, über die Familienplanung selbstbestimmt entscheiden zu können – und nur gemeinsam kann er gewonnen werden.

